



Regierungsratsbeschluss vom 10. Februar 2026

Schriftliche Anfrage Nicola Goepfert betreffend Bestandesaufnahme der Bekämpfung von Menschenhandel

P255502

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Der Kanton Basel-Stadt verfügt über die Strukturen zur Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz der betroffenen Personen. Dabei arbeiten die Staatsanwaltschaft, die Kantonspolizei, das Migrationsamt, das Amt für Wirtschaft und Arbeit, die Einwohnerdienste, die Fachstelle Gewaltschutz und Opferhilfe und die Sozialhilfe eng zusammen und werden von Bundesbehörden und privaten Opferschutzorganisationen unterstützt. In den Jahren 2021 bis 2024 wurden im Kanton gesamthaft 23 Opfer von Menschenhandel in Schutzeinrichtungen untergebracht und 23 weitere Fälle ohne Schutzaufenthalt beratend unterstützt.

